Warum hat man das Merit Order Prinzip entwickelt?
Die Merit Order sorgt dafür, dass zuerst die Kraftwerke mit den niedrigsten zusätzlichen Erzeugungskosten Strom liefern. Erst wenn diese nicht ausreichen, kommen teurere Anlagen hinzu. Das letzte noch benötigte Kraftwerk bestimmt den Börsenpreis für alle und die Gewinne der (preiswerten) Energieerzeugung sollen dazu führen, dass in den Bereichen noch mehr ausgebaut wird. So wird der vorhandene Strom möglichst kostengünstig eingesetzt. Für die Höhe des Preises bleiben allerdings auch Gaspreise und verfügbare Leitungen entscheidend.

Soll der Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken beschleunigt werden, um überschüssige Energie aus erneuerbaren Quellen speichern und die Versorgungssicherheit erhöhen zu können?
Ja, wo geeignete Standorte vorhanden sind und der Nutzen die Kosten übersteigt. Pumpspeicher können überschüssigen Wind- und Sonnenstrom aufnehmen und später wieder abgeben. Sie helfen damit auch in längeren Zeiten mit wenig Wind und Sonne. Der Ausbau sollte jedoch gemeinsam mit Netzen, Batteriespeichern und Naturschutz geprüft werden.

Ist ein österreichweiter Ausbau der Stromnetze mit einem einheitlichen Netztarif sinnvoll, um eine faire Verteilung der Kosten sicherzustellen?
Eine stärkere gemeinsame Finanzierung ist sinnvoll, weil Netze in einzelnen Bundesländern oft Strom für ganz Österreich transportieren. Ein einheitlicher Tarif würde die Kosten gleichmäßiger verteilen, aber nicht automatisch senken. Er kann zudem Unterschiede zwischen Haushalten, Industrie und Netzebenen verdecken. Deshalb ist eine gezielte bundesweite Teilung überregionaler Ausbaukosten besser zu prüfen als ein vollständig einheitlicher Tarif.

Der Strombedarf in Österreich wird bis 2041 doppelt so hoch sein wie heute. Warum werden die Möglichkeiten für Windkraftanlagen nicht genutzt? Will die Politik das nicht oder verschließt sie sich den Lösungen?
Windkraft wird in Österreich bereits stark genutzt, aber die Möglichkeiten sind regional sehr unterschiedlich. Neue Anlagen brauchen geeignete Flächen, Genehmigungen, Netzanschlüsse und die Akzeptanz vor Ort. Gerade in Ostösterreich ist zusätzlich der Netzausbau wichtig, damit mehr Windstrom auch genutzt werden kann. Die angenommene Verdoppelung des Strombedarfs bis 2041 ist ein Szenario und keine sichere Vorhersage.

2027 werden den privaten Haushalten Netzentgelte gemäß Verbrauchsspitzen berechnet. Wäre es nicht effizienter, Gewerbe und Industrie auf die Stromproduktion abzustimmen, z.B. Nachtschichten wegzulassen?
Ja. Auch Gewerbe und Industrie können ihren Stromverbrauch stärker in Stunden mit viel Wind- und Sonnenstrom verlagern. Manche Betriebe können etwa Kühlung, Ladevorgänge oder einzelne Produktionsschritte verschieben, ohne ganze Nachtschichten abzuschaffen. Die neuen Netzentgelte sollen solche Lastspitzen grundsätzlich bei allen geeigneten Verbrauchern verringern. Für Haushalte müssen die Regeln dabei verständlich und sozial ausgewogen bleiben.

Wie wird die Qualität der Fleischproduktion in Bezug auf das Mercosur–Abkommen gewährleistet, bzw. wie wird diese überprüft (da dies ja ein großer Kritikpunkt war, das Abkommen überhaupt abzuschließen)?
Auch Fleisch aus den Mercosur-Staaten muss die EU-Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit erfüllen. Dazu gehören Kontrollen zugelassener Betriebe, amtliche Bescheinigungen sowie Prüfungen an den EU-Grenzen. Bei Verdacht werden Proben etwa auf verbotene Rückstände oder Krankheitserreger untersucht. Das Handelsabkommen senkt diese Anforderungen nicht. Unterschiede bei Tierhaltung und Umweltauflagen bleiben dennoch ein berechtigter Kritikpunkt.

Wie lassen sich die (doch sehr weiten) Transportwege im Zusammenhang mit Mercosur im Fall einer globalen Krise mit maritimen Bedrohungen absichern?
Solche langen Seewege lassen sich in einer schweren Krise nicht vollständig absichern. Wichtig sind mehrere Lieferländer und Transportrouten, ausreichende Vorräte und eine engere Zusammenarbeit mit europäischen Partnern. Bei lebenswichtigen Gütern sollte Österreich außerdem die heimische und europäische Produktion stärken. Das senkt die Abhängigkeit von einzelnen Häfen, Meerengen und Lieferketten.

Holz aus Mercosur hatte den größten Anteil an den Importen. Wird auch hier die Herkunft kontrolliert? Z.B. dass keine Regenwälder abgeholzt wurden?
Ja, die Herkunft von importiertem Holz wird bereits heute durch die EU-Holzhandelsverordnung kontrolliert. Diese soll verhindern, dass illegal geschlagenes Holz auf den europäischen Markt gelangt. Mit der EU-Entwaldungsverordnung (EU) 2023/1115, kurz EUDR, gehen die Anforderungen künftig deutlich weiter: Unternehmen müssen nachweisen, dass das importierte Holz nicht von Flächen stammt, die nach dem 31. Dezember 2020 entwaldet oder im Sinne der Verordnung geschädigt wurden. Dazu müssen sie unter anderem die geografische Herkunft der Holzernte dokumentieren und eine entsprechende Sorgfaltsprüfung durchführen.
Die Regelung gilt unabhängig vom Herkunftsland, also auch für Holz aus den Mercosur-Staaten. Für mittlere und große Unternehmen sowie für die meisten bereits von der bisherigen Holzhandelsverordnung erfassten Holzprodukte gilt sie ab 30. Dezember 2026, für die meisten kleinen und Kleinstunternehmen ab 30. Juni 2027.
Eine vollständige physische Kontrolle jedes einzelnen Holzstücks ist damit allerdings nicht garantiert. Die Verordnung schafft aber deutlich strengere Anforderungen an Rückverfolgbarkeit, Nachweispflichten und behördliche Kontrollen.